

## Lehrerverband anerkennt «Multicheck»

**LEHRSTELLEN** Leistungstests werden wichtiger, Schulnoten verlieren an Bedeutung. Wer heute eine Lehrstelle sucht, muss nicht nur sein Zeugnis vorlegen, sondern immer öfter auch einen abgeschlossenen Standardtest wie «Multicheck». Seit Jahren läuft die Lehrerschaft dagegen Sturm und beklagt den Vertrauenszug. Schulzeugnisse seien nicht vergleichbar, Leistung werde von Schule zu Schule anders beurteilt, verteidigen sich die Lehrmeister.

Nun kommt es zum Schulterschluss zwischen Lehrern und Lehrmeistern. Gemeinsam haben gestern die Verbände Lehrerinnen und Lehrer Bern (Lebe) und Berner KMU den Leitfaden für Lehrbetriebe «Multicheck oder Note?» vorgestellt. «Damit wollen wir ein Zeichen gegen die Verunsicherung setzen», sagte KMU-Direktor Christoph Erb. Im Faltblatt plädieren die Verbände für eine differenzierte Beurteilung der Lehrstellenbewerber. Leistungstests, Noten und persönliche Kontakte mit den Jugendlichen und deren Lehrern müssten gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Erziehungsdirektion unterstützt die Initiative.

«Es wäre realitätsfremd, vor der zunehmenden Bedeutung von Standardtests die Augen zu ver-

schliessen», sagte Etienne Bütikofer von Lebe. Mit der Anerkennung von «Multicheck» wolle man das Verhältnis zwischen Lehrbetrieben und Schulen entkrampfen und so wieder mehr direkte Kontakte ermöglichen. Ausserdem wolle man mit dem Plädoyer für eine ausgewogene Beurteilung verhindern, dass Standardtests noch wichtiger würden.

### Regierung gegen «Multicheck»

«Die Schnittstelle zwischen Schule und Lehre soll zu einer Nahtstelle werden», sagte Theo Ninck vom Berufsbildungsamt. Durch eine sorgfältige Beurteilung der Bewerberinnen und Bewerber könnten Lehrabbrüche vermieden werden. Heute wird im Kanton Bern jede fünfte Lehre vorzeitig abgebrochen. Vor den Standardtests dürfe man die Augen nicht verschliessen, sie seien Teil eines umfassenden Auswahlverfahrens. Innerhalb der Verwaltung lehnt der Regierungsrat solche Tests «im Sinne der Chancengleichheit» jedoch ab, wie er in einer Antwort auf eine aktuelle Motion schreibt. (rw)

[1] Der Leitfaden kann unter Telefon 034 420 65 65 bestellt oder unter [www.erz.be.ch/multicheck-odernote](http://www.erz.be.ch/multicheck-odernote) heruntergeladen werden.

## Drohen mit dem Referendum

Staatspersonalverband gegen Primatwechsel bei den **Pensionskassen**

Noch hat der Regierungsrat seinen Bericht zu den Vor- und Nachteilen der Modelle Beitragsprimat und Leistungsprimat (siehe Kasten) nicht vorgestellt. Das wird er voraussichtlich in einer Woche tun. Gestern hat der Bernische Staatspersonalverband (BSPV) jedoch bereits seine Forderungen für den Fall eines Primatwechsels bei der Bernischen Pensionskasse und der Bernischen Lehrerversicherungskasse – vom heutigen Leistungs- zum Beitragsprimat – bekannt gegeben. Der Verband fordert, dass die Besitzstände auch für ältere Arbeitnehmer garantiert werden und dass die Leistungen bei Lohnerhöhungen mit so genannten Verdiensterhöhungsbeiträgen nachfinanziert werden – was beim heutigen Leistungsprimat der Fall ist.

### Keine Gründe für Primatwechsel

Werde eine der beiden Forderungen nicht erfüllt, werde der BSPV das Referendum ergreifen, sagte Roland Seiler, Präsident des BSPV. Er erachte den Primatwechsel als «unsinnige Zwängerei». Wenn ein Systemwechsel ohne Verluste für die Arbeitnehmerinnen und -nehmer erfolgen soll, müsse der Kanton Bern mit Kosten zwischen einer Viertel Milliarde und zwei Milliarden Franken rech-

nen. Ein Systemwechsel bringe also entweder sehr hohe Kosten für den Kanton oder Verluste für die Arbeitnehmer, sagte Seiler. «Das heisst: Es gibt keine Gründe für einen Primatwechsel.»

### GAV als Ziel

Neben der Frage des Primatwechsels beschäftigt sich der BSPV momentan intensiv mit einem möglichen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Kantonspersonal. Die Abgeordneten liessen sich von Christian Wanner (fdp), FDP-Finanzdirektor des Kantons Solothurn, über die GAV-Erfahrungen informieren. «Der GAV ist kein re-

### WAS IST DER UNTERSCHIED?

Beim **Leistungsprimat** sind die Renten in Prozenten des Lohns vorgegeben. Die Beiträge werden so festgelegt, dass sie zusammen mit den Kapitalerträgen diese Leistungen decken. Die Höhe der Rente ist bekannt, die Höhe der Beiträge jedoch variiert. Beim **Beitragsprimat** wird die Rente für jeden Versicherten individuell nach der Höhe der einbezahlten Beiträge errechnet. Die Belastung für Arbeitgeber und -nehmer ist bekannt, die Höhe der Rente wird durch Anlage- und Inflationsrisiken mitbestimmt. (sur)

volutionäres, sondern ein partnerschaftliches Projekt», sagte Matthias Burkhalter, Geschäftsführer des BSPV. Partner eines GAV wären 15 000 Staatsangestellte, 15 000 Lehrkräfte und 45 000 Angestellte im subventionierten Bereich, wobei die Angestellten der Spitäler (mit Ausnahme des Inselfspitals) allesamt schon heute einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen.

### Silberstreifen am Horizont

Seiler blickte gestern nicht nur zurück auf das Verbandsjahr 2006, sondern auch auf ein Jahr Personalpolitik unter rot-grüner Regierungsmehrheit. Fazit: «Es gibt keinen Grund zur Euphorie, aber wir erkennen einen Silberstreifen am Horizont.» So habe der Regierungsrat das Lohnsummenwachstum von einem auf zwei Prozent erhöht – «was aber immer noch ungenügend ist». Momentan führe der Staatspersonalverband intensive und «konstruktive» Diskussionen mit der Regierung bezüglich einer fünften Ferienwoche für das Personal. Probleme hat der Verband nicht mit der Regierung, sondern mit dem Grossen Rat, wo neue «Hardliner» aktiv seien – und beispielsweise auch den Vaterchaftsurlaub («Bund» vom Donnerstag) verhindert hätten. (sur)

## Jenni und Theiler fordern Debatte

**EURO 08** Am 17. Juni entscheiden die Stadtberner Stimmberechtigten über einen Kredit von 5,6 Millionen Franken für die Fussball-Europameisterschaft 2008. Der Kanton Bern beteiligt sich im selben Ausmass an den Kosten der Euro 08 – im Unterschied zur Stadt Bern ist auf kantonaler Ebene aber weder ein Parlamentsbeschluss noch eine Abstimmung geplant. Das ist dem grünen Berner Stadtrat Daniele Jenni und Alt-Statdrat Luzius Theiler in die Nase gestochen. In einer Stimmrechtsbeschwerde an das Bundesgericht verlangen sie, dass der Kantonsbeitrag vom Grossen Rat beschlossen und dem fakultativen Referendum unterstellt werden müsse.

Der Regierungsrat habe «die Volksrechte umgangen», indem er die Beiträge des Kantons an die Euro 08 derart aufgestückt habe, dass er in eigener Kompetenz über die Teilkredite habe entscheiden können. Insgesamt gehe es um 19,2 Millionen Franken – nebst den erwähnten 5,5 Millionen fallen Sicherheitskosten von 13,7 Millionen an. Laut Kantonsverfassung unterliegen Beschlüsse über neue einmalige Ausgaben von mehr als 2 Millionen Franken dem fakultativen Referendum.

Er habe «ein gutes Gewissen», sagt Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (fdp), Leiter der regierungsrätlichen Delegation für die Euro 08. «Ich bin überzeugt, dass wir richtig gehandelt haben.» Der grösste Teil der Ausgaben seien gebundene Kosten, bei denen kein politischer Spielraum bestehe. Im Übrigen habe der Regierungsrat lediglich seine «Möglichkeiten ausgenützt».

Im November 2006 verlangte der Grosse Rat mittels Motion von der Regierung, sie müsse möglichst rasch eine Kreditvorlage erarbeiten. Das ist bis jetzt nicht geschehen. «Wir werden dem Rat aufzeigen, wie sich die Kosten zusammensetzen und wer sie trägt», verspricht Käser. Ein Kreditbeschluss werde aber «voraussichtlich nicht nötig sein». (bwb)

### KURZ

**Lorenz Hess bestätigt**  
**GEMEINDEN** Der Verband bernischer Gemeinden hat ihren Präsidenten, Grossrat Lorenz Hess, Gemeindepräsident von Stettlen, an der Hauptversammlung für eine weitere Amtsdauer von drei Jahren bestätigt. Wie der Verband mitteilt, wurde Peter Flück, Grossrat und Briener Gemeinderatspräsident, neu in den Vorstand gewählt. (pd)

**Bus verkehrt nach Fahrplan**  
**CHASSERAL** Der höchste Berg im Berner Jura ist einfacher mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar. Bis Ende Oktober fährt am Wochenende und an Feiertagen zweimal täglich ein Bus ab Nods auf den Chasseral. Die Busse verlassen Nods um 9.31 und um 16.31 Uhr. Vom Hotel Chasseral gehts um 10 und 17 Uhr zurück nach Nods. (pd)

**Auf der Seite der SBB**  
**BIEL** «Der Gemeinderat sieht die Chancen der Neugestaltung des Bahnhofs für die Stadt Biel und unterstützt grundsätzlich die Bemühungen der SBB zur Aufwertung des Hauptbahnhofs.» Dies schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort auf eine Petition mit über 8000 Unterschriften, die sich gegen die Umwandlung des traditionsreichen Bahnhofbuffets in eine Schalterhalle richtet. Im westlichen Flügel des Bahnhofs entstehe ein Restaurant von vergleichbarer Grösse, so der Gemeinderat. (pd)

**Aktionsmarkt für Familien**  
**THUN** Heute findet auf dem Mühelplatz zwischen 10 und 16 Uhr ein Aktionsmarkt unter dem Motto «miteinander» statt. Über 20 familienfreundliche Institutionen präsentieren ihr Angebot und laden zur Teilnahme an Workshops ein. (pd)

# Bis zu 60 000 Bäume betroffen

Der **Feuerbrand** breitet sich aus – im Kanton Bern werden die Kontrollen intensiviert



Bäume, die von der Pflanzenkrankheit Feuerbrand befallen sind, werden in aller Regel gefällt und anschliessend verbrannt.

URS FLÜELER/KEYSTONE

Zehntausende Obstbäume im Kanton Bern sind krank. Bei der Bekämpfung des Feuerbrands hat der Kanton seine Strategie angepasst. Die meisten Bäume müssen gerodet und verbrannt werden.

Der Feuerbrand hat auch den Kanton Bern erreicht. Gemäss Schätzungen von Fachleuten sind bereits bis zu 60 000 Obstbäume befallen. Die meisten der kranken Bäume müssen gerodet und ver-

brannt werden, damit die Krankheit gestoppt werden kann (siehe «Bund» vom Mittwoch).

### Befallene Bäume melden

Die Krankheit hat vor allem die Regionen Oberaargau, Emmental, Aaretal und Gürbetal befallen. Betroffen sind zwischen 40 000 und 60 000 Bäume, wie Michel Gyax von der bernischen Fachstelle für Pflanzenschutz bereits am Dienstag am Radio ausgeführt hatte. Befallene Bäume oder Pflanzen müssen den kantonalen Fachstellen gemeldet werden, wie das Amt für

Information am Freitag mitteilte. Diese ordnen in der Regel an, die Bäume zu roden und anschliessend zu verbrennen. Ausnahmen sind nur bei Kernobstbäumen in Erwerbsobstanlagen und Apfelhochstammobstbäumen mit wenig Befall möglich. Wenig Befall bedeutet, dass nur die Spitze eines Triebes oder Einzelbäume in der Anlage befallen sind. In diesem Fall kann in Absprache mit der Fachstelle für Pflanzenschutz oder der Fachstelle für Obst und Beeren mit Rückschnitt gearbeitet werden. Bei Apfel-Hochstammobstbäumen

muss der Rückschnitt aber von einer Fachperson begleitet werden. Diese Massnahmen entsprechen den Bundesvorschriften.

Die Feuerbrandkontrolleure sind weiter aufgefordert worden, vermehrt Kontrollen durchzuführen. Sie werden ihr Augenmerk auch auf Hochstammobstbäume sowie auf Zier- und Wildpflanzen richten.

Die Kontrolle und die Rodung der befallenen Obstbäume wird von Bund und Kanton finanziert. Eine Entschädigung wird erst ab einem Schadensfall von 1500 Fran-

ken ausgerichtet. Daher erhalten in der Regel nur die professionellen Obstproduzenten eine – relativ bescheidene – Entschädigung.

### Pflanzen sehen verbrannt aus

Der Feuerbrand ist eine hoch ansteckende Krankheit, die Obstbäume (Apfel, Birne, Quitte) und verschiedene Wild- und Zierpflanzen befällt. Die geschädigten Pflanzenteile sehen wie vom Feuer verbrannt aus, daher der Name der Krankheit. Verursacht wird die Krankheit durch ein Bakterium. (sda/pd)